

Gemeinderatsvorlage GV/014/2026

Amt: Bauamt

Bearbeiter: Sabine Neumann

Aktenzeichen: 632.6:Holcim/Süderweiterung Steinbruch Plettenberg/Anhörung TÖBs

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Gemeinderat	04.02.2026	öffentlich

Protokollauszug an: ----

Anhörung der Träger öffentlicher Belange zur Süderweiterung des Steinbruchs der Firma Holcim auf dem Plettenberg

Sachverhalt

Die Firma Holcim baut im Steinbruch auf dem Plettenberg Kalk- und Mergelstein als Rohmaterial für die Klinker- und Zementproduktion im Zementwerk in Dotternhausen ab. Der Steinbruch hat eine genehmigte Gesamtfläche von ca. 55,8 ha. Er besteht aus Bereichen, die bereits erschöpft und rekultiviert sind, aus Teilen, die noch Rohmaterial enthalten und sich im Abbaubetrieb befinden sowie aus Flächen, die noch unberührt sind.

Für die Klinker- und Zementproduktion wird eine gleichbleibende Zusammensetzung von Kalksteinen und Mergel benötigt. Da die Qualität der Gesteine aus dem Steinbruch nicht in jedem Bereich gleich hoch ist, müssen unterschiedliche Steinbruchteile gleichzeitig zugänglich sein.

Daher plant die Firma Holcim zur mittel- und langfristigen Sicherung der Rohmaterialversorgung des Zementwerks eine Erweiterung des Steinbruchs um ca. 8,78 ha. Die Erweiterung schließt sich südlich an den bestehenden Steinbruch an. Darüber hinaus ist auch die Umwandlung einer Rekultivierungsfläche in eine Abbaufäche, die Änderung der Rekultivierungsplanung sowie die Änderung und Ergänzung der Abbau- und Verfüllungsplanung Teil des beantragten Vorhabens. Zudem wird auf den Abbau von bereits für die Gewinnung genehmigten Flächen von ca. 0,67 ha verzichtet.

Das Genehmigungsverfahren findet als öffentliches Verfahren mit Erörterungstermin und Umweltverträglichkeitsprüfung statt. In diesem Zusammenhang wird die Stadt Schömburg um Stellungnahme bis zum 14.02.2026 gebeten.

Zwischen dem 19.01.2026 und dem 19.02.2026 erfolgt die Auslegung der Antragsunterlagen. Bis einschließlich 19.03.2026 kann die Öffentlichkeit Einwendungen gegen das Vorhaben vorbringen. Die Antragsunterlagen liegen beim Landratsamt und auf dem Rathaus Dotternhausen aus. Der Erörterungstermin ist derzeit für den 28.04.2026 in der Festhalle in Dotternhausen vorgesehen.

Stellungnahme der Verwaltung

Der Genehmigungsantrag wurde seitens der Firma Holcim bereits im Jahr 2018 eingereicht. Es fand seinerzeit auch eine Beteiligung der Träger öffentlicher Belange statt. Insbesondere vonseiten der Naturschutzbehörden wurden Bedenken geäußert und eine Überarbeitung der Antragsunterlagen verlangt. Die Antragsunterlagen wurden überarbeitet und am 14.02.2025 beim Landratsamt erneut eingereicht.

Bereits bei der Anhörung im Jahr 2018 wurde die Stadt um eine Stellungnahme gebeten. Der Gemeinderat beschäftigte sich am 16.01.2019 mit dem Antrag der Firma Holcim. Die damalige Vorlage liegt als Anlage bei. Es wurde folgender Beschluss gefasst:

- 1. Gegen die beantragte immissionsschutzrechtliche Änderung werden seitens der Stadt Schömberg keine Einwände erhoben.*
- 2. Im Sinne der größtmöglichen Vermeidung von Immissionen aus dem Zementwerk sollte der Abtransport der Fertigprodukte soweit als möglich über die Schiene erfolgen.*

Die Antragsunterlagen für die Süderweiterung des Steinbruchs Plettenberg wurden aufgrund der Stellungnahmen aus der 1. Anhörung überarbeitet. Die Überarbeitung war hauptsächlich naturschutzrechtlichen und artenschutzrechtlichen Belangen geschuldet. Die Betroffenheit der Stadt Schömberg hat sich gegenüber der damaligen Planung nicht geändert oder verschärft. Die Verwaltung schlägt vor, den Gemeinderatsbeschluss vom 16.01.2019 aufrecht zu erhalten.

Beschlussvorschlag:

Am Beschluss vom 16.01.2019 wird festgehalten:

1. Gegen die beantragte immissionsschutzrechtliche Änderung werden seitens der Stadt Schömberg keine Einwände erhoben.
2. Im Sinne der größtmöglichen Vermeidung von Immissionen aus dem Zementwerk sollte der Abtransport der Fertigprodukte soweit als möglich über die Schiene erfolgen.

Anlagen

Luftbild mit Lage des Steinbruchs
Übersichtslageplan
Lageplan
Erläuterungsbericht zum aktuellen Antrag
Gemeinderatsvorlage vom 16.01.2019